

101/2009

Stuttgart, den 26.03.2009

VG Freiburg gibt integrativer Waldorfschule Recht

Grüne begrüßen Urteil als „Meilenstein“

Renate Rastätter: Vernichtender Denkkzettel – Jetzt Schulgesetz ändern

Renate Rastätter, schulpolitische Sprecherin der Grünen im Landtag, begrüßte das Urteil des VG Freiburg, demzufolge das Land zur Erteilung einer Ersatzschulgenehmigung für die Freie Waldorfschule Emmendingen mit dem Ziel einer integrativen Beschulung verpflichtet ist. „Das ist ein vernichtender Denkkzettel für Landesregierung und Kultusminister. Die Bundesrepublik Deutschland hat soeben die UN-Konvention ratifiziert, mit der die Rechte Behinderter Menschen wesentlich gestärkt werden. Diese UN-Konvention wurde von der Landesregierung ignoriert. Das Urteil des VG wird allerdings unmittelbar aus Artikel 7 des Grundgesetzes abgeleitet: Auch ohne UN-Konvention hätte das Land der Schule längst die gewünschte Genehmigung erteilen müssen. Wir sprechen uns dafür aus, die integrative Beschulung, wie sie in Emmendingen als erfolgreicher Versuch jahrelang betrieben wurde, im Schulgesetz zu verankern, ein entsprechender Gesetzentwurf der Grünen kündigte Rastätter an. Rastätter: „Wir brauchen endlich ein gesetzlich verankertes Wahlrecht für Eltern von Kindern mit Behinderungen, sich für die Sonderschule oder die allgemeine Schule zu entscheiden, und wir brauchen das gesetzlich Recht für einen differenzierenden Unterricht in diesen Klassen unter Einbeziehung von Sonderpädagogen.“ Sie forderte die Landesregierung auf, auf die Berufung zu verzichten: „Die Landesregierung hat den Elternwillen stets bis zur letzten Instanz vor Gericht bekämpft. Diesmal sollte sie mit der Niederlage anders umgehen und den zahlreichen Initiativen im Lande entgegen kommen.“

Bei Nachfragen: Renate Rastätter 0176 78039724

Info: PM des VG Freiburg

<http://www.vgfreiburg.de/servlet/PB/menu/1240783/index.html?ROOT=1192792>